

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Verlegt von Hermann
Kunze, Verleger, 17, Mai 1919.
In den 12 H. 1919.
Die Verkaufspreise sind in den H. 1919.

Verantwortlich
und Herausgeber
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(1918-Bundrat)
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 40 H., Familienamt, 25 H.
Verbandsamt, 10 H., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Gernspracher: Amt Alexander, Nr. 4730.

Nr. 19/20.

Berlin, Sonnabend, 17. Mai 1919.

Einundfünfzigstes Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis

Unannehmbar! — Die Tagesordnung zum Verbandstag. — Fort mit dem Zerwürfniß! — Kultur- und allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbande. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Unannehmbar!

Die ganze Welt leidet nach dem Frieden, am meisten das deutsche Volk. Nach vier und ein halbjährigen, furchtbaren Kriegen, verbunden mit Hunger und allem möglichen Elend, sehnen wir uns nach geordneten Verhältnissen und friedlicher Beschäftigung. Endlich ruht der Friede an die Tür, aber nicht als der heiße Haube, wie wir ihn uns bisher heiß vorgestellt haben, sondern wie ein graufamer Stollenhafer, der drohend und erdärmungslos die Hungerpeinliche schlingt. Was dem deutschen Volke seine unmittelbaren Feinde in ihren Friedensbedingungen zu bieten wagen, übertrifft die schlimmsten Erwartungen der ärgsten Weltkrieger. Ihre Annahme und Verwirklichung bedeutet die wirtschaftliche Erdrosselung des deutschen Volkes, die Vernichtung seiner Selbständigkeit, das Zurückdrängen um Jahrhunderte und würde zur Folge haben nicht die Volkserlöschung und den Völkerrichten, sondern den Heim für weitere Kriege im Höhe tragen.

Das Versprechen, Wilsons Programm den Friedensbedingungen zu Grunde zu legen, ist schon gebrochen. Anstatt eines Rechtsfriedens bietet man uns einen Gewaltfrieden schlammiger Art an. Durch den Raub wichtiger Provinzen, die von Millionen Deutschen bewohnt sind, wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten. Die geplante Wagnahme der für die deutsche Industrie wichtigsten Gebiete macht nicht nur die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens unmöglich und verdammt damit insbesondere die Arbeiterklasse zu dauernder Verelendung, sie unterbindet auch völlig die Ausubermöglichkeiten, auf die wir umso mehr angewiesen sind, weil uns auch wichtige landwirtschaftliche Gebiete entzogen werden sollen, auf deren Erzeugnisse für die Zukunft verzichtet werden muß. Wir müssen also Lebensmittel in erheblichen Mengen einführen als bis zum Ausbruch des Krieges. Das wird durch die Friedensbedingungen unmöglich gemacht.

Der Wohlstand des deutschen Volkes ist vernichtet. Für die Zukunft wird ärgerliche Verarmung sein Los sein. Dazu kommen noch finanzielle Lasten, die schon unter normalen Verhältnissen kaum getragen werden können. Unter den von den Siegern gestellten Bedingungen können sie mit gutem Gewissen nicht übernommen werden. Diese Bedingungen sind unerfüllbar und darum unannehmbar. Deshalb erklären auch die in den Deutschen Gewerkevereinen organisierten Arbeiter ihre Zustimmung zu den Forderungen der Reichsleitung und der Nationalversammlung. Sie erwarten, daß kein Schritt unternommen wird, auf dem Verhandlungswege eine Wiltierung der Friedensbedingungen herbeizuführen, die unternommen werden können. Die Aussicht auf eine bessere Zukunft bietet, sie sind aber auch im andern Falle entschlossen, Schalter an Schalter mit den übrigen Schichten der Bevölkerung sich ganz der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes zu widmen.

In diesen Stunden wissen wir uns eins mit allen denen, die unbeschadet ihrer politischen Parteilichkeit, treu zum Deutschen Reiche und zum deutschen Volke stehen und in ihrer Erhaltung einen wichtigen Kulturfaktor erblicken, der am Wiederaufbau Europas zu einem erheblichen Teile mitzuwirken berufen und imstande ist.

Die Tagesordnung zum Verbandstag.

Der Kriegsverbandstag von 1918 klang aus in die Hoffnung, daß uns der Friede bald beschienen sei und das deutsche Wirtschaftsleben sich wieder in geordneten Bahnen bewegen werde. Wir sind leider auf das bitterste enttäuscht worden. Zwar der Friede steht unmittelbar vor dem Abschluß, aber welsch ein Friede! Und von einem geordneten Wirtschaftsleben spüren wir noch nicht das Geringste. Im Gegenteil, noch geht alles drüber und drunter, und das Ende des Chaos, in dem wir zu versinken drohen, ist noch nicht absehbar.

Da heißt es mehr denn je: Arbeiten und nicht verweilen! Und reiche Arbeit steht untern zu flingeln bevorstehenden Verbandstages bevor. Wenn äußerlich betrachtet, erscheint die Tagesordnung zwar weniger reichhaltig als in früheren Zeiten, steht man sich aber den Inhalt näher an, so erkennt man leicht das ungeheure Maß von Arbeit und von Verantwortung, das der Delegierten harret. An erster Stelle wird die Frage der Sozialisierung des Verbandstages behandelt. Die Übernahme des Sekretats durch den Abgeordneten Friedrich Raumann dürfte für eine ebenso gründliche wie besonnene Behandlung der Frage. Auch das zweite Hauptthema: Die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung, das dem Verbandstagesleiter Bewein übertragen ist, wird seiner aktuellen Bedeutung wegen Beachtung finden. Soweit nicht im Rahmen der Besprechung des Tätigkeitsbereiches schon bestimmte Richtlinien für unsere Weiterarbeit festgelegt werden, wird dies durch die Beratung eines neuen Entwurfs zum Programm der Deutschen Gewerkevereine geschehen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Preisgabe oder auch nur grundsätzliche Änderung unseres bisherigen Programms, sondern lediglich darum, daß der gewaltigen Umwälzung, die sich in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben vollzogen hat, Rechnung getragen wird. Verschiedene dazu eingegangene Anträge, die den Anschluß an bestimmte politische Parteien wünschen, aber im Ziel auseinandergehen, sind der beste Beweis für die Notwendigkeit, an der bisher bewährten parteipolitischen Unabhängigkeit festzuhalten. Mehrere zu diesem Punkte gestellte Anträge zielen auch auf Fühlungnahme mit den andern Organisationszentralen hin, was die Erreichung einer besonderen Arbeiterpartei, einer besseren Vertiefung unter den bestehenden Organisationen und eines umfassenden deutschen Gewerkschaftsbundes, den die Verbandstagesleitung anstreben soll. Man wird bei diesen Beratungen auch die Frage des Räte-systems einer gründlichen Erörterung unterbreiten müssen. Denn auf keiner Seite kann Zweifel darüber bestehen, daß in dieser für das Fortbestehen der Arbeiterorganisationen so wichtigen Angelegenheit das höchste Parlament unserer Gemeinschaft eine feste Stellung einnehmen muß.

Unter den Anträgen sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalts verdienen noch diejenigen besonders hervorzuheben zu werden, die ein Eintreten für größere Leistungen und Rechte auf dem Gebiete der sozialen Versicherung verlangen. Da in absehbarer Zeit eine Revolte zur Reichsversicherungsordnung zu erwarten ist, kann wenigstens zum Teil diesen Wünschen schon heute Erfüllung in Aussicht gestellt werden.

Auch die Regelung der Verbandsfinanzen wird dieses Mal in Betracht der völligen Umänderung des Geldes eine besondere Rolle spielen. Soll der Verband den an ihn gestellten

Anforderungen in ogitorischer Beziehung für die Zukunft besser genügen können, so müssen ihm auch die dazu erforderlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Es liegt durchaus im Interesse der Festigkeit der Verbandsgemeinschaft, daß die persönliche Zählung zwischen der Verbandstagesleitung und den einzelnen Mitgliedern im Reiche mehr gepflegt wird, als dies in der abgelaufenen Periode möglich war. Bei besseren Verkehrsverhältnissen und voller Betätigung des Verbandsbüros ist dies auch durchführbar, vorausgesetzt, daß die notwendigen Mittel dafür vorhanden sind. Dabei sei auch gleich die Frage der Arbeitersekretariate mit erwähnt, mit denen sich eine ganze Reihe von Anträgen beschäftigt. Auch hier handelt es sich, wenn auch nicht allein, so doch in der Hauptsache um eine Geldfrage, deren Lösung abhängig ist von der finanziellen Bewilligungslust des Verbandstages. Aber allein damit ist es nicht getan. Wo die Verbandskollegen nicht so viel Interesse an einem Arbeitersekretariat zeigen, daß sie regelmäßig einen nennenswerten Beitrag zu seiner Unterhaltung beizutragen gewillt sind, da kann von einer solchen Einrichtung keine Rede sein. Opfermut der Mitglieder ist die erste Bedingung. Wo es daran fehlt, vermag auch schließlich der beste Beamte nicht zu ernten, weil es eben an dem günstigen Boden fehlt. An sich tun uns Arbeitersekretariate nur wie das tägliche Brot. Dieser Einsicht wird sich der Verbandstag gewiß nicht verschließen. Das letzte Wort aber haben die Mitglieder selbst zu sprechen.

Bezüglich des Verbandsorgans stehen einige Anträge wieder, die uns in etwas veränderter Form schon auf früheren Verbandstagen begegnet sind. Mehrmaliges wöchentliches Erscheinen oder gar Ausbau zu einer Tageszeitung sind Forderungen, die bei den zur Zeit herrschenden Druckkostenpreisen von vornherein unerschwinglich sind. Aber darüber wird doch eine Uebereinstimmung bestehen, daß das viertägige Erscheinen des „Gewerkeverein“ in seiner heutigen Form auf die Dauer nicht beibehalten werden kann. Darüber wird hoffentlich auf dem Verbandstages keine Meinungsverschiedenheit bestehen, und dann wird sich auch ein Weg zu besseren Verhältnissen finden. Ebenso geben wir der Hoffnung Raum, daß betreffs der andersartigen Verteilung der Organe eine Verständigung ermöglicht wird, die auch die Organfrage auf eine gesündere finanzielle Grundlage stellt.

Zur Belebung der Agitation durch den Verband werden mancherlei Mittel vorgeschlagen, so die Veranstaltung von Kursen zur Bildung und Schulung der Mitglieder, die Sammlung und Verbreitung ausfließenden Materials, die Erhöhung der Beiträge an die Ortsverbände. Die Jugendbewegung möchte man durch die Anstellung eines besonderen Beamten fördern. Alle diese Anträge haben einen berechtigten Kern und verdienen volle Beachtung. Aber auch hier muß gesagt werden: Das Maß des Erreichbaren ist abhängig von den vorhandenen Mitteln und — was auch nicht unterschätzt werden darf — den zur Verfügung stehenden Kräften.

Wehr die inneren Verhältnisse des Verbandes betreffen verschiedene Anträge auf Abänderung des jetzigen Wahlsystems zum Verbandstage. Einerseits will man den Einfluß der kleineren Gewerkevereine gegenüber den größeren stärken, andererseits die Möglichkeit schaffen, daß größere Ortsverbände eine besondere Vertretung auf dem Verbandstages haben. Dann steht natürlich auch die Frage der jüngeren Parteistromung nicht. Ob sie dieser Verbandstages endlich und zu allgemeiner Zufriedenheit lösen wird? Eine wichtige

Neuerung bedeutet die beantragte statutenmäßig festgelegte Einführung von Hauptvorstands-konferenzen, die mindestens halbjährlich stattfinden und als Beirat für den Zentralrat gelten sollen. Ihre Aufgabe soll sein die Vertretung allgemeiner Fragen der Arbeiterbewegung, der Sozial- und Wirtschaftspolitik und der Gewerkschaftsbewegung insbesondere. Ihre etwaigen Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Zentralrats. Durch diese Änderung hofft man, den Zentralrat entlasten zu können, und man glaubt auch, durch eine Verdichtung der Zahl seiner Mitglieder ein leichteres Arbeiten herbeizuführen.

Damit sind die Anträge noch nicht erschöpft; noch mancher andere wertvolle Anregung ist in der Tagesordnung enthalten. Auch diesmal werden nicht alle Wünsche erfüllt, alle Hoffnungen verwirklicht werden können. Aber der aus allen Anträgen hervorleuchtende Wille, unserer guten Sache zu dienen und die Bahn frei zu machen für eine kräftige Weiterentwicklung wird schon die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles finden lassen, wenn alle, die an der Verbandsarbeit mitzuarbeiten berufen sind, sich der auf ihnen ruhenden Verantwortung bewußt sind. Dann wird es vorwärts gehen einer besseren Zukunft entgegen, trotz der Widerstände, die sich uns entgegenstellen, mit denen wir aber von jeher zu rechnen hatten.

Fort mit dem Terrorismus!

In der Zeit vor dem Kriege hatten hier und da die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften unter dem Janatismus einiger Radikalführer zu leiden. Sie wurden oft so lange drangsaliiert, bis sie sich den „freien“ Verbänden anschlossen. Dann hatten sie Ruhe. Der Grundtext: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein“, wurde leider vielfach in Anwendung gebracht. Etwas besser wurde es während der Kriegszeit. Vor allem der Diktatorien und die Gemeinschaftsarbeit aller Organisationsrichtungen haben dazu ihr Teil beigetragen. Da brauchte die Revolution über uns hinweg und räumte mit dem alten Obrigkeitsstaate gründlich auf. Wer indessen glaubt, daß nunmehr auch die Freiheit der Meinung und Ueberzeugung sichergestellt sei, der befindet sich durchaus auf dem Holzwege. Niemals ist damit mehr Schindluder getrieben worden als in den letzten Monaten, und am schlimmsten gebärden sich diejenigen, die früher am lautesten über die Schärfe gemotzt haben.

Von unsern Mitgliedern wurde vielfach verlangt, daß sie zu den „freien“ Gewerkschaften übertraten. Ihr Hinweis, daß sie im Gewerkschaftsverband organisiert sind, wurde einfach abgetan mit der anmaßlichen Antwort, es gebe jetzt nur noch eine Organisation. Man sprach uns einfach die Ertränkungsfrage ab. Die nicht enden wollenden Verdrüßlichkeiten veranlassen schließlich unsere Kollegen in der Nationalversammlung zu einer kurzen Anfrage an die Reichsregierung, wie sie sich zu solchem Terrorismus stelle. Die Antwort darauf ist in unserer vorigen Nummer zum Ausdruck gelangt. Leider müssen wir aber festhalten, daß von einer Besserung der besagten Zustände keine Rede sein kann. Es ist eher noch schlimmer geworden. Die Regierung hat zwar durch ihren Vertreter erklären lassen, daß sie auf dem Boden der Koalitionsfreiheit stehe und jede Beeinträchtigung derselben verurteile, von welcher Seite sie auch ausgehen möge. Sie hat weiter hinzugesagt, daß sie die Aufnahme besonderer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechts bei den Vorkämpfen für die Neuordnung des Arbeitsrechts erwägen werde. Ganz gut und ganz schön. Das heißt aber, den Brinnen zuzureden, nachdem das Kind hineingefallen ist. Bis das Arbeitsrecht neugeordnet und in Kraft getreten ist, können die Mitglieder der nicht freigezwecklichen Organisationen beratig malträtiert werden, daß letzteren die Ertränkungsfrage längst geraucht ist. Hier gilt es schnell und energisch einzugreifen, wenn man sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß man im innersten Herzen dem Terrorismus garricht so abgeneigt ist.

Denn was sich jetzt auf diesem Gebiete in allen Teilen unseres Vaterlandes abspielt, das spottet jeder Bescheidenheit und steht zu allen Ehren. Dafür nur einige Beispiele, die einer großen Menge entnommen sind. In voriger Nummer schilderten wir bereits, wie in Mannheim die Verbände ihre andersorganisierten Mitarbeiter zum „Umlernen“ zu bringen suchten. Diese Vorgänge sind inzwischen in ein neues Stadium eingetreten. Die angestellten Beamten-

lungsverluste scheiterten. Der aus freigezwecklich organisierten zusammengesetzte Arbeiterausschuß billigte durchaus das Vorgehen seiner Gesinnungsgenossen, nahm sogar vollständig vor dem Fabrikator Voten zur Ueberzeugung derjenigen, welche die Fabrik betreten und arbeiten wollten, und veranlaßte unsere Mitglieder und die Christlichen, die bis dahin ihren Uebertritt noch nicht vollzogen hatten, aber Anspruch auf Weiterbeschäftigung erhoben, zum Uebertritt in den deutschen Metallarbeiterverband, unter Abnahme ihrer Eintrittsbücher, oder verweigerten denselben den Zutritt zur Fabrik. Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der nach längeren Beratungen einstimmig einen Schiedsspruch fällte, daß die Firma sich mit Recht auf den Standpunkt stelle, sie sei moralisch nicht beauftragt, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Arbeiterverbänden an der Arbeit zu lassen. Ein dahingehendes Verlangen aus der Mitte der Arbeiterenschaft sei mit dem Geiste des Koalitionsrechts nicht vereinbar.

Ueber den Ausgang des Konflikts, wegen dessen Schlichtung auch die badische Regierung angegangen worden ist, liegen zur Zeit noch keine Nachrichten vor. Die Tatsachen an sich aber sind Beweis genug für den unerhörten Terrorismus, der zur Zeit geübt wird.

Ein anderes Bild! In Leipzig existierte ein „Deutscher Klein- und Straßenbahnen-Verband“, der sich vor längerer Zeit dem Verbande der Deutschen Gewerkschaften anschloß. Am 2. Januar d. J. traten die Leipziger Straßenbahner in den Streik, um bessere Lohnverhältnisse zu erreichen. Die Mitglieder des Deutschen Klein- und Straßenbahnen-Verbandes machten den Streik mit. Trotzdem wurde ihnen noch Verwendung des Kampfes die Wiedereinnahme der Arbeit von Vertrauensleuten des Transportarbeiterverbandes solange verweigert, bis sie sich bereit erklärten, dieser „freien“ Gewerkschaft beizutreten. Also obwohl diese Kollegen ordnungsmäßig organisiert waren und ihrer Organisationspflicht durchaus nachkamen, wote die Beteiligung am Streik beweist, mußten sie übertraten, wenn sie und ihre Familien nicht brotlos werden sollten. Und nicht allein das. Ein Vertrauensmann des Transportarbeiterverbandes erklärte den Klein- und Straßenbahnen-Verband über die Köpfe seiner Mitglieder und seines Vorstandes für aufzulösen, indem er ihn als eine gelbe Organisation bezeichnete. Die darauf hin an die Reichsregierung gesandte Petition wurde einfach dem Transportarbeiterverband in Leipzig zur Beantwortung übermittlelt, mit der Wirkung, daß in einer öffentlichen Versammlung das Schreiben als Denunziation hingestellt und der Terrorismus noch schärfer geübt wurde. Unter Klein- und Straßenbahnenverband ist dadurch vernichtet.

Weiter! In Schöneberg bei Berlin sagte eine am 2. Mai abgehaltene Betriebsversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter kurzweg einstimmig den Beschluß, daß „alle Kollegen sich bis zum 9. Mai dem freigezwecklichen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen haben, widrigenfalls die Arbeiter erklären, nicht mehr mit dem betreffenden, der somit den Interessen der Kollegenchaft gegenübersteht, zusammenzuarbeiten. Sie fordern den Arbeiterschuß auf, den Magistrat von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen und für die Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen.“ Dieser Beschluß, der in allen Unterkunftsräumen der Straßenreinigung angelesen wurde, richtete sich in der Hauptache gegen die unferm Ortsverein der Gemeindegewerkschaften angehörenden Kollegen, bildet also ebenfalls einen unerhörten Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Und zum Schluß noch einen Fall aus Augsburg, der besonders deutlich zeigt, bis zu welchem Grade von Schamlosigkeit der blinde Hörsagen Andersdenkende sich vertiefen kann. Unter dem 15. April 1919 wurde in Augsburg folgendes Dokument der Schande überhand:

„An die geehrten Betriebsleitungen und Betriebsleitungen der Eisenindustrie und Holzindustrie nachgenannter Firmen:
 H. A. R. — S. A. R. — Schneiderfabrik Reut —
 G. P. u. S. — Alpine Maschinenfabrik — Reut —
 u. Knappitz — Joh. Haag — Reindienst u. Comp. —
 Rumpelwerke — Waidensdorf Jersch — G. G. —
 Reut — Maschinenfabrik Reut — G. Decker —
 Eberle u. Comp. — G. Weil, Herber —
 G. G. —
 Sonder — Ledwede Augsburg.
 Die Arbeitergemeinschaft der Betriebsleitungen hat beschlossen, daß in Zukunft nur freigezweckliche Arbeiter in den Betrieben aufgenommen werden dürfen

und daß die Einstellung selbst im Beisein des Betriebsrates (Omann) erfolgen soll.

- I. Vorsitzender: H. Pricking.
- II. Vorsitzender: G. Schwarz.

Hier werden also sogar die geehrten Betriebsleitungen und Betriebsleitungen „zum Kampfe gegen die Koalitionsfreiheit von den Unentwegtesten aufgelesen. Der Esel steigt jedem anständigen Menschen ob solchen Gefahren auf.

Die Liste ließe sich bis ins Endlose verlängern. Dazu nehme man den Beschluß des Groß-Berliner Vollzugsrates vom 17. April, der die Eingekerkerten durch den Terror gegen politische Andersdenkende „zwangsweise demoralisieren“ will. Das sind doch Zustände, die geradezu zum Himmel schreien. Dagegen helfen auch keine Erklärungen der Vorstände der „freien“ Gewerkschaften, daß sie derartige Vorgänge nicht billigen. Hier muß durch die Reichsleitung mit eifrigem Fleiß Ordnung geschaffen werden. Das muß aber sofort geschehen und mit schärfsten Mitteln. Bis zur Beseitigung des Arbeitsrechts darf damit nicht gewartet werden. Zustände, wie sie jetzt existieren sind, haben vor der Revolution nicht existiert; der selige Friedr. v. Stamm wäre ein Waisenknabe gegen die modernen Gewaltmenschen. Ihnen muß das Handwerk gelegt werden. Das Recht der Koalition muß jedem Arbeiter unverkürzt erhalten bleiben. Es muß geschützt sein gegen Angriffe von rechts und von links. Mit freundschaftlichen Mahnungen ist da nichts zu machen; das Gesetz muß Mittel und Wege zur Abhilfe schaffen. Es ist wahrlich schlimm genug, daß zum Schutze der Arbeiter gegen Arbeiter die Regierung erst angerufen werden muß. Die Schuld daran fällt auf diejenigen, die in ihrem blinden Janatismus kein Maß und Ziel kennen; die junge Demokratie distinktionieren und den Vorkämpfern nicht nur der wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch der politischen Reaktion damit die Wege ebnen.

An unsere Kollegen aber richten wir die eindringliche Mahnung, sich durch den Terrorismus, dem sie jetzt ausgesetzt sind, nicht beirren zu lassen, sondern nur umso fester zu unserer Sache zu halten. Unsere Organisation, stets bekämpft und beschützt, hat jetzt die Feuerprobe zu bestehen. Sie wird siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, wenn die Mitglieder Mut und Ueberzeugungsstärke zeigen. Auch diese Zeiten gehen vorüber, denn auf die Dauer kann sich die Gewalt nicht durchsetzen. Alle Fälle von Terror und sonstiger Drangsalierung bitten wir aber der Verbandsleitung zu melden. Nur wenn wir das Material haben, kann für Abhilfe gesorgt werden. Daß dies geschieht, soweit es in menschlichen Kräften steht, darauf können sich die Kollegen verlassen.

Aufruf zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen.

Ein bitteres Unrecht erleiden die im Ausland befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Während Deutschland sofort nach Abbruch des Waffenstillstandes die Gefangenen reiflos in Kürzerer Frist ausliefern mußte, werden die deutschen Gefangenen zurückgehalten und zum Teil in völkerrechtswidriger Art zu Arbeiten verwendet.

Ist das Los der Gefangenen an sich bitter und schmerzvoll, so müssen die Leiden unerträglich werden bei dem Gefühl, daß alle zur Heimat zurückkehren dürfen, die in Feindesland waren, und nur den Deutschen die Rückkehr verweigert wird.

Es ist zu erwarten, daß mit Abschluß des Friedens auch diese unsere Brüder der Heimat wiedergegeben werden. Vom Kriegsministerium sind deshalb Vorbereitungen für den Empfang und die Unterbringung der Rückkehrenden getroffen. Grenzstationen und Sammellager sind eingerichtet. Es ist Vorzorge getroffen, daß an dem Sonntage, dem Empfang und Fürsorge für die Gefangenen obliegt, auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt sind.

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abgetan sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel entbehrend, werden nur zu oft keine Stätte finden, die ihnen Heim sein wird. Für das Notwendigste wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Aber darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Gefangenen, die Jahre der Trübsal und Freudlosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freude zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Fürsorge wirkt, um sie ihre Leiden vergehen zu lassen. Bei 800 000 Gefangenen, die zurückkehren, sind große Mittel erforderlich, um nur geringes durch diese Niederkümmerten zu leisten.

Ein Ausschuss, dem außer Regierungsvertretern Mitglieder aller Parteien der heutigen Nationalversammlung angehören, erläßt einen Aufruf zu Sammlungen, deren Erträgnis es ermöglichen soll, den Heimkehrenden zu beweisen, daß sie wieder eine Heimat gefunden haben.

Die Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen bitten wir dringend, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Wer wollte leugnen, daß es dem Einzelnen in der Not der Zeit schwer fällt, etwas von seinem Einkommen herzugeben, um die Not anderer zu lindern. Und doch wird es gelingen. Die Volksgenossen, deren Heimkehr wir erwarten, sind nicht nur zum größten Teil Arbeitnehmer, sondern eine große Zahl von ihnen sind Mitglieder unserer Organisationen. Sie haben in den schweren Zeiten der Kämpfe um eine höhere Lebenshaltung Opfer gebracht. Jetzt wollen auch wir ihnen ein Opfer bringen, damit sie freudig und zuversichtlich als Kämpfer wieder in unsere Reihen treten.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien.
- Gesamtvorbund der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, F. Baltrusch.
- Vorbund der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), G. Hartmann.
- Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellterverbände, Roslowki.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, Dr. Söfle.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. Mai 1919.

In der Zentralratsitzung am 2. Mai machte Kollege Sturm vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Bestimmungen aufmerksam, die Zwangsarbeit im Lederhandel zu befeitigen. Sodann wurden einige Anfragen des Kollegen Stöckinger dem geschäftsführenden Ausschuss überwiesen. An den vom Kollegen Lewin erstatteten Bericht über den Delegiertentag der Schneider knüpfte sich eine kurze Aussprache, die namentlich die Fragen der Seimarbeit und der Agitation unter den Frauen zum Gegenstand hatte. Die Vorarbeiten zum Verbandstage haben nicht alle bis zu dem im Verbandsstatut vorgesehenen Termin erledigt werden können. Technische Schwierigkeiten tragen daran die Schuld, insbesondere aber auch der Umstand, daß die Wahlen der Verbandstagsabgeordneten noch nicht erledigt sind. Der Zentralrat nahm davon Kenntnis und erklärte sich mit den Vorschlägen für die Referenten einverstanden. Von den Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschuss ist zu erwähnen ein kurzer Bericht des Kollegen Lewin über eine Konferenz, die sich mit Versicherungsfragen der Hausgewerbetreibenden befaßte, und ein anschauliches Referat des Kollegen Reuchel über die Arbeiterdiebstahl durch graphische Darstellungen ergänzt wurde. Zu der Besprechung des Frankfurter Arbeitersekretariats durch den Kollegen Brünner gab der Zentralrat seine Zustimmung.

Der 13. Delegiertentag des Gewerksvereins der Maler hat in dieser Woche in Berlin stattgefunden und einen guten Verlauf genommen. Aus technischen Gründen kann der Bericht darüber erst in der nächsten Nummer gebracht werden.

Der Jahresbericht des Gewerksvereins der Holzarbeiter für 1918 läßt erkennen, wie ernstlich der Gewerksverein bemüht gewesen ist, an der Verbesserung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Das zeigen allein die erhöhten Ausgaben für Lohn-, Tarif- und Leiharbeiterverbänden. Die Erfolge sind denn auch nicht ausgefallen. Sie kommen auch in der beträchtlich steigenden Mitgliederzahl zum Ausdruck, wenn auch gerade nach dieser Richtung noch viel mehr geschehen könnte.

Entsprechend der vermehrten Mitgliederzahl liegen die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen von 41 692,25 auf 61 134,25 RM. Die für Unterhaltungszwecke gemachten Ausgaben betragen 26 593,82 RM. gegen 22 384,53 RM. i. J. 1917. Trotzdem stieg das Vermögen der Gewerksvereinskasse von 111 559,55 RM. auf 145 962,79 RM.

Das Vermögen der Krankenzusatzkasse ist dagegen im Berichtsjahre von 58 830,73

RM. auf 52 891,54 RM. gesunken, wodurch der Rückgang des Vermögens seit Kriegsbeginn sich auf etwa 15 000 RM. gesteigert hat. Die Wirkungen der Unterernährung, der Grippeepidemie usw. kommen darin ziffernmäßig zum Ausdruck. An Krankengeld sind in 1918 von dieser Kasse 27 169,10 RM., an Sterbegeld 3690 RM. gezahlt worden gegen 25 159,57 bzw. 3655 RM. im Vorjahr.

Die Sterbekasse des Gewerksvereins brachte 8665 RM. gegen 7605 RM. i. J. 1917 zur Auszahlung. Das Vermögen dieser Kasse betrug am Jahreschluß 87 157,14 RM. gegen 86 527,98 RM. des Vorjahres.

Insgesamt wurden an Unterstützungen im Berichtsjahre 66 389,08 RM. bezahlt gegenüber 58 804,10 RM. i. J. 1917. Das Gesamtvermögen in allen Kassen belief sich auf 286 011,47 RM. gegen 251 918,26 RM. am Schluß 1917. Diese Zahlen begründen unsere Zuversicht auf eine bessere Zukunft. Mögen sie von den Kollegen als wichtige Waffe im Werbekampfe energisch benutzt werden!

Die Zeitsätze über die Arbeitererräte, die der neue Reichsarbeitsrat beschlossen hat, haben außer dem von uns in Nr. 15/16 bereits mitgeteilten ersten Teil noch einen zweiten Teil, der außerordentlich wichtig, trotzdem aber von der Tagespresse völlig mit Stillständen übergegangen worden ist. Darin heißt es:

1. Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufs. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte. Sie haben die bisherige und die erweiterten Aufgaben der Arbeiter-, Angestellten- und Bauernauschüsse zu erfüllen.

2. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Gewerbe- oder Berufsbezuges erfolgt von Organisation zu Organisation, also zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband.

3. Neben die Arbeitererräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Betriebsräten, so sind die bisher errichteten Arbeitergewerkschaften, in denen die Arbeitergewerkschaften mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, Organe zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der übrigen Berufsfragen.

4. Die Betriebsräte sind die Vertreter der Produktion, die von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam getragen wird. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeitererräte vertreten. Der Betriebsrat ist der Unterbau für die Sozialisierung.

Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat März war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ unverändert ungünstig, da Kohlen- und Rohstoffmangel, die schwierigen Verkehrsverhältnisse, sowie die Verkürzung der Arbeitszeit bei fortwährend steigenden Löhnen in Verbindung mit Minderleistung und zunehmender Arbeitslosigkeit weiterhin hemmend einwirkten. Die Abfälligkeit der besetzten Gebiete Deutschlands, besonders der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk immer bedrohlichere Formen annehmende Engpässe, die Unterbrechung des Verkehrs nach den östlichen Provinzen, die an allen Orten aufflammenden Streiks und politischen Unruhen bringen weitere Engpässe für die Industrie mit sich. Das Verlangen nach Aufhebung der Wirtschaftsblockade sowie nach Aufklärung über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik sowohl des eigenen Landes wie der für den Handel in Betracht kommenden Staaten macht sich immer mehr geltend. Die Hauptindustriezweige zeigen das gleiche ungünstige Bild wie im Vormonat, wenn auch vereinzelt eine leichte Besserung des Geschäftsganges eingetreten ist. Neben dem Rohrzucker- und Genußmittel- sowie dem Baugewerbe befindet sich besonders das Spinnstoffgewerbe in einer wenig erfreulichen Lage. Aufträge auf Papierwaren und Papiergerätschaften sind fast sämtlich wieder rückgängig gemacht worden, so daß mit weiteren Arbeitsentlassungen zu rechnen ist.

Nach den Nachrichten der Frankfurter Zeitung standen am 1. April 1919 im Vergleich zum Anfang März insgesamt 241 773 oder 32 v. S. mehr Mitglieder in Beschäftigung.

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 2 899 157 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosigkeit Ende März 110 209 oder 3,8 v. S. Im Februar war von 30 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 6,0 v. S. berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist demnach wesentlich zurückgegangen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, sowohl beim männlichen als auch beim weiblichen Geschlecht nicht unwesentlich abgenommen hat; der Rückgang ist bei den Frauen

etwas stärker als bei den Männern hervorzuheben. Im März kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Berufen 168 Arbeitsuchende, beim weiblichen Geschlecht 159 (gegen 207 bzw. 203 im Vormonat). Die Berichte der Zentralarbeitsstellen der Arbeitsnachweise über die Vermittlungstätigkeit im März weisen teilweise eine leichte Besserung des Arbeitsmarktes auf, deren Ausmaß vorläufig aber noch recht gering ist. Die Arbeitslosenquote ist im März teilweise zurückgegangen; während sie Anfang März 1 076 368 und am 9. März 1 072 994 betrug, war sie am 19. März auf 1 040 717 gefallen, allerdings Ende März wieder auf 1 033 854 gestiegen. Die Abnahme ist zum großen Teil auf die Ausföhrung von Rohhandarbeiten, z. T. auf Meldungen zum Grenzschutz, sowie schließlich auch auf eine leichte Besserung in der Lage einzelner Industriezweige zurückzuführen.

Außer in dem Verabau haben sich in der Landwirtschaft besonders nach dem Einleben der Frühjahrsbestellung, die Anforderungen von Arbeitskräften stark vermehrt, ohne daß der Nachfrage hätte entsprechen werden können, wenn auch die Vermittlungstätigkeit sich insofern etwas günstiger gestaltet, als die Landwirtschaftlichen Arbeitgeber nach dem Erlaß des Reichsministeriums für wirtschaftliche Gesamtwirtschaft vom 16. März 1919 zur Meldung von offenen Stellen sowie von jeder Besetzung verpflichtet sind. Die Verhältnisse von Arbeitskräften, die ohnehin nicht leicht zu beschaffen sind, wenn es sich nur um örtliche Umstellungen handelt, der Lohn an dem heimischen Boden, die Schwierigkeiten des Umanzes und die immer unzulänglicheren Unterfruchtverhältnisse erschweren die Vermittlungstätigkeit außerordentlich. Ferner sind auch dabei die Ernährungsverhältnisse sowie die weiterhin bestehende Unlust der städtischen Arbeiter zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht zu unterschätzen.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ist nach wie vor durch das Andauern der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Entlassung von Arbeiterinnen aus den Rüstungsbetrieben sowie die Ablösung der weiblichen Bürokräfte gehen ständig weiter. Die Unterbringung auf dem Lande scheint ebenso an der Höhe der früheren Verdienste wie an der Abnahme der Landwirte gegen solche Arbeitskräfte. Auch besteht weiterhin häufig eine Unlust zur Annahme von häuslichen Diensten.

Das Gute bricht sich Bahn. Tiefen immer wieder zu neuer Wahrheit gelangenden Satz kann man mit Aug und Recht aus unsrer Deutsche Volksversicherung anwenden. Erst im Jahre 1913 begründet, hat sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens doch schnell durchgesetzt und das, obwohl die Krisenzeit und die Revolution doch gewiß nicht förderlich waren. Zahlreich sind schon die Fälle, in denen infolge Todesfalles die Versicherungssumme zur Auszahlung gelangte. Jede fällige Versicherungssumme wurde, entsprechend den wahrhaft gemeinnütigen Versicherungsbedingungen, mit besonderer Beidlichkeit in kürzester Frist ausbezahlt. In vielen Fällen gelangte das Zwanzigfache der eingezahlten Beiträge zur Auszahlung. Manche Träne wurde so getilgt, manches Leid gemildert, mancher Sorge beseitigt.

Wo diese Vorsätze zutage treten, da steigert sich naturgemäß der Abschluß neuer Versicherungen. So ist es denn verständlich, daß im letzten Kriegs- und ersten Revolutionsjahre der Umfah an Versicherungsabschlüssen größer war als in den vorhergehenden Jahren zusammen. Eine solche Steigerung beweist aber auch zugleich, welche großes Vertrauen in die Eiderheit der Deutschen Volksversicherung gesetzt wird. Dies Vertrauen ist auch voll und geredhtigt. Es kann sich ja stützen auf die Reichsarsicht, unter der die Volksversicherung steht, auf ihren gemeinnütigen Charakter, auf die ihr angeschlossenen Berufsverbände und nicht zuletzt auf die sich ständig steigende Zahl von Versicherungsabschlüssen. Gerade durch letztere Tatsache werden dem Unternehmen immer neue, reichere Mittel zugeführt.

Darum sollten unsere Freunde und Mitglieder im eigenen Interesse immer mehr für unsere Volksversicherung eintreten. Sie leisten damit sowohl sich selbst als auch allen Versicherten den besten Dienst.

Die Verschlechterung unserer Ernährungsmöglichkeiten, die der uns angebotene Wilson-Frieden unweigerlich zur Folge haben muß, wird am besten gekennzeichnet, wenn man sich zahlenmäßig klarmacht, welche Bedeutung für unsere Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen diejenigen Gebiete haben, die

uns allein im Osten entrißen werden sollen. In der Produktion von Brotgetreide war nach dem Wochenbericht der Preisprüfungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats in Polen im Durchschnitt der Jahre 1910/14 mit 9,16 Proz. Westpreußen mit 5,5 Proz. und Ostpreußen mit 5,69 Proz. beteiligt. Bei Kartoffeln beträgt der Anteil Polens 9,2, Westpreußens 6,27 und der Ostpreußens 5,22 Proz. Nimmt man den Regierungsbezirk Doppelr hinzu, auf den Polen gleichfalls Anspruch erhebt, so ergibt sich, daß nicht viel weniger als ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion von Brotgetreide und Kartoffeln auf die von der feindlichen Annexion bedrohten Gebiete entfällt. Ihr Verlust würde Deutschland hinsichtlich seiner Volksernährung insofern erheblich stärkerem Maße als bisher vom Auslande abhängig machen.

Für Deutschösterreich berechnet die niederrösterreichische Handels- und Gewerbekammer den Bedarf der mit 9,7 Mill. angenommenen Bevölkerung auf rund 11 Mill. D.-Ztr. Mehl. Stellt man die Brotgetreideernte des Jahres 1913 mit 14,6 Mill. D.-Ztr. gegenüber, so würden unter Berücksichtigung der für Ausland und Verfütterung sowie für Futtermehl und Kleie abzugehenden Mengen etwa 8 Mill. D.-Ztr. Mehl zur Verfügung stehen, so daß ein Zuschuß von 3 Mill. D.-Ztr. Mehl oder 400 000 To. Getreide erforderlich wäre.

Ein Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer gegen das Streikrecht. In der sozialdemokratischen Wochenchrift die „Neue Zeit“ verneint das Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, Knoll, aus politischen, wirtschaftlichen und ethischen Gründen die Frage, ob auch im sozialistischen Staatswesen und im sozialisierten Betriebe das Streikrecht aufrecht erhalten werden darf. Bezüglich der politischen Streiks erklärt Knoll, daß solche, wenn die Vorbedingungen dazu gegeben sind oder geschaffen werden, sich im sozialistischen Staatswesen ebensowenig unterbinden lassen, wie sie sich selbst unterm kaiserlichen kapitalistischen Regime nicht unterdrücken lassen.

In der Frage der wirtschaftlichen Streiks bekennt sich Knoll zu der Ansicht, daß früher das Streikrecht ein heiliges Recht des Arbeiters war. Er will aber nichts wissen von Deuten, denen das Streikrecht etwas derartig Heiliges ist, daß sie es auch im sozialisierten Betriebe, ja selbst im sozialistischen Staatswesen nicht angetastet wissen wollen.“ Knoll hat:

Die sich die heutigen Streiks vielfach gegen die politische Demokratie richten, so würden Streiks im sozialistischen Betriebe oder in der sozialistischen Gesellschaft sich gegen die von der Arbeiterschaft selbst geschaffene wirtschaftliche Demokratie richten, sich also als ein Protest gegen die eigenen Einrichtungen darstellen — mitbin ein Widerspruch in sich selbst sein... Diejenigen, die das Streikrecht auch im sozialisierten Betriebe verlangen, sind meines Erachtens auf einem falschen Weg. Sie gelangen damit fast zum Sozialismus — zum politischen Sozialismus. Und zwar ist dieser Sozialismus wirtschaftlich gegenüber dem Sozialismus das rückwärtige Prinzip. Es ist auch politisch etwas ganz anderes als der Sozialismus. Solcher Sozialismus führt politisch letzten Endes zur Autonomie des einzelnen Gemeinweins, wirtschaftlich zur Autonomie der einzelnen Produktionsgruppen — und damit zur Zerschütterung der Produktion selbst, also gerade zum Gegenteil dessen, was der Sozialismus erstrebt. Geht man daher der Arbeiterschaft des einzelnen sozialisierten Betriebes oder einer ganzen sozialisierten Industrie das Streikrecht ab, so nähert man tatsächlich und ganz folgerichtig die Regierung zur wirtschaftlichen Autonomie. Ich komme daher zu dem Schlusse, daß das Streikrecht nicht nur etwas dem Sozialismus Wesentliches ist, sondern sogar Wesentliches ist.“

Ämterlicher Teil.

- Über eingesamelte Beiträge für die Begrüßung des Verbandes für den Monat April 1919.
Ausgabenwörter: Berlin Rl. 2,47, Königsberg 4,88, Dieritz 3,26, Merseburg 0,65, Posen 31,50, Ulm 5,07, Gona u. 1,607 4,16, Brauer: Breslau 6,11, Wld. Heuer: Breslau 7,87, Landsberg 20,02, Wehrden-Spandau 3,12, Giffensalmer: Berlin 7,90, Fabrit- und Handarbeiter: Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Brandenburg 10,14, Kiel-Boarden 2,21, Langendorf 1,43, Neuhardenleben 14,69, Benig 10,92, Hoffsch 8,58, Gietzin-Wredow 2,88, Franca u. Wddgen: Halle a. S. 11,70, Thole 1,80, Gemeinheitsarbeiter: Berlin II 8,19, Halle a. S. 3,51, Kaufleute: Berlin Rl. 2998 1,17, Rater, Ladierer etc.: Berlin I 16,79, Chemnitz 9,93, Demmin 0,96, Dresden 1,17, Cera 1,69, Königsberg 7,41, Romsburg 7,41, Stralsund 17,94, Zeib 10,22, Ritten 0,88, Worms Rl. 1561 1,04, Metallarbeiter: Wittenbergsleben 7,02, Berlin V 14,09, Geislingen 1,43, Göttingen 10,79, Kaufm. 9,62, Rathenow 13,06.

- Borms 0,78, Reut. Nr. 755 3,12, Jülicher Nr. 2284 1,82, Schulz, Nr. 3063 1,04, Reil Nr. 3221 2,08, Holzschanker: Rathenowleben 23,14, Altonaer 22,76, Rüdtenberg 2,86, Könnigsfeld 20,93, Wehendorf 2,25, Mühlstadt 7,28, Sophie-Charlottenbrunn 4,68, Trierfurt 2,34, Rabenberg 4,29, Eger Nr. 1066 2,08, Kammern Nr. 1155 1,56, Oder Nr. 1213 3,12, Schneider: Berlin 44,20, Berlin Rl. 983 7,02, Dresden 6,37, Ueberach 6,83, Ueberfeld 3,25, Grüttr 15,99, Erlangen 7,54, Götting 9,10, Grefstaal 4,81, Dagen 12,48, Jena 6,50, Vignig 1,86, Weichsel 6,24, Okerleben 6,24, Potsdam 17,75, Cuedlinburg 6,93, Rathenow 12,48, Gietzin 45,24, Stralsund 22,75, Weichsel 34,71, Worms 0,78, Wehrden 5,72, Zeibitz 1,96, Dautzsch 10,79, Schumacher und Leberarbeiter: Pagen 7,54, Berlin I 60,00, Ueberach 27,17, Brevlau 9,97, Bromberg 15,21, Burg 2,96, Cöln 9,48, Gützin 2,99, Duisburg 3,51, Grüttr 16,90, Jannitz a. O. 8,45, Fraunhdt 7,93, Halle 6,18, Köberitz 7,28, Herzberg 1,82, Havel 33,80, Königsberg 4,29, Langendorf 41,98, Mainz 7,90, Püschitz-Soarn 5,33, Romsburg 7,98, Wehrdenleben 1,82, Potsdam 9,10, Hoffsch 37,44, Gietzin 4,88, Weichsel 420,78, Worms 11,53, Zeib 1,96, Götting-Berlin 6,76, Götting-Berlin 2,34, Textilarbeiter: Bad Sulza 15,47, Berlin 14,38, Berge-Fort 30,29, Chemnitz 20,67, Edschützberga 6,89, Erlangen 17,04, Forti 47,06, Gabels 8,84, Gröbenbau 4,43, Guben 3,64, Opaen 6,60, Oelenbrunn 1,80, Oelenbrunn 43,88, Romsburg 13,91, Romsberg 6,80, Sagan Nr. 1696 1,17, Seib 13,21, Tamskulen 6,50, Schwargenbach 12,48, Walsitz Nr. 5381 4,95, Weste-Gottbus 3,12, Zäpfer: Bitterfeld 33,93, Grauberg 9,58, Wehrhof 12,61, Rathenow 23,97, Mühl-Berlin 2,34, Wittenmünde 13,00, Welten 0,78, Weichsel 6,50, Textilarbeiter: Dagen 7,02, Weichsel 6,70, Cröbenhauer: Stolp 4,88, Weichsel 27,12, Danau 30,02, Kaufm.: Wälder-Berlin 6,37, Wälder Nr. 5659 1,30, Summa Mart 2003,87.

Berlin, den 10. Mai 1919.
R. Klein, Hauptkassierer.

Aus dem Verbande.

Charlottenburg. Die Ortsvereine Charlottenburg und Spandau des Gewerbevereins der Wäder und Konditoren hielten am 9. Mai eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab, die sich trotz des schönen Wetters eines guten Besuchs erfreute. Verbandssekretär Kunitz leitete die Versammlung. Über die Tarifverhandlungen, die mit dem Arbeitgeber der Wädermeister und Groß-Berlin geführt werden sind und zu einem günstigen Abschlusse geführt haben. Die wichtigsten Punkte des Tarifvertrages wurden vom Redner besprochen und nochmals seine große Bedeutung hervorgehoben. Kollege Strafe berichtete ferner über die Verhandlungen mit dem Charlottenburger Magistrat wovon Errichtung einer Filiale des paritätischen Nacharbeiternachweises. Redner gab einen kurzen Lebensrückblick über die Tätigkeit des Gewerbevereins in dieser Frage vor dem Kriege. Der Krieg habe die damaligen Schritte alle zu nichts gemacht, somit wäre der paritätische Nacharbeiternachweis schon längst eine Tatsache. Die bisherigen Verhandlungen berechtigten aber zu der Hoffnung auf Erfüllung unserer Wünsche. Kollege Borwetz endlich sprach über Agitation und den weiteren Ausbau der Organisation. Er gab beachtenswerte Fingerzeige, wie man am besten Gewerbeverein im Handel verfahren, daß unser Gewerbeverein ein Idealorgan sei, durch welches man die Kollegen anführen könne. Die einsehende Aussprache zeigte das große Interesse, das die Kollegen an der Gewerbevereinsfrage haben. Allgemein wurde den führenden Kollegen Anerkennung für ihre Tätigkeit gezollt. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Fachorgan herauszugeben. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Annahme der Reklamation: Der Gewerbeverein der Wäder und Konditoren hat in letzter Zeit eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet. Obwohl durch den Krieg fast keine Mitglieder mehr vorhanden waren, gelang es selbstwählenden Kollegen nach ihrer Rückkehr aus dem Felde wieder neues Leben in den Gewerbeverein zu bringen. So konnte für die Kandidaten in Berlin ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, dem jetzt die Wäder folgen. Prenders erfreulich sind die Erfolge des Charlottenburger Ortsvereins der Wäder. Bei der letzten stattgefundenen Stellen-Auswahlprüfungen der Wäder-Jnnung stiegen die Gewerbevereinskandidaten mit 44 Stimmen durch. In letzter Zeit versucht nun der Vorstand, im ganzen Maße die Wäder und Kandidaten zu organisieren. Es wäre im Interesse unserer Organisation dringend zu wünschen, daß alle Ortsverbände dem Gewerbeverein in Berlin und den Kandidaten in dieser Arbeit energisch zur Seite stehen und seine am besten wertigen Bestrebungen eifrig unterstützen.

Frankfurt a. M. Die Zeitung des hiesigen Arbeiterschutzes hat dem Internationales übergeben. Die Arbeit ist in vollstem Umfange wieder aufgenommen worden. Damit ist ein sehr wichtiger Schritt der Kollegen erfüllt, nun gilt es aber auch, die Arbeit für unsere gute Sache nicht nur zu machen. Der Gewerbeverein allein vermag das nicht, wenn er nicht auf die Unterstützung aller Kollegen rechnen kann. Also für uns die Gleichgültigkeit! Wer seine Energie und Tapferkeit nicht vor allem Güte Veranlassungen feigen und verjümt nicht, unorganisierte Kollegen mitzubringen.

Unterläßt auch nicht die Werbearbeit! Die Ausgabe: Bei mir im Betribe ist nichts zu machen, ist nicht fruchtbar. Überall ist etwas zu erreichen, wo die nötige Energie, Geduld und Ausdauer vorhanden ist. Der Terrorismus der sogenannten freien Gewerkschaften, der von Tag zu Tag gefährlichere Formen annimmt, darf seinen aufrechten Mann schrecken und im seiner Überzeugung ihre machen. Wer seine Meinung frei und unerschrocken bekennt, hat am besten Erfolg. Schleicht Gurre Weisen enger im festen Zusammenhalt, und wir können den kommenden Kämpfen mit Seelenruhe entgegensehen. Ein jeder erfülle seine Pflicht, und es geht sicher vorwärts. Das Sekretariatbüro befindet sich: Frankfurt a. M. Raubengasse 5 III. Bürozeit: Vorm. 10-12 nachm. 3-4 Uhr, Samstag 9-1 Uhr. Mittwoch und Sonntag ist das Büro geschlossen. Karl Brünner, Arbeiterschützer.

Veränderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

- Teichbork i. Ostern. (Ortsverb.) G. Pfeiffer, Vorsitzender, Berditze 5. B. Herzog, Schriftführer, Hamburgweg 10. B. Platt, Kassierer, Bremer Chaussee 167.
Giffensalmer (Ortsverb.) H. Heber, Vorsitzender, Kupperbommet 104. R. Hartmann, Schriftführer, Wühlhägerstr. 23. R. Torwirth, Kassierer, Hansstraße 23.
Effen (Rugb). Büro des Gewerbevereins Deutscher Metallarbeiter, Antonienallee 95.
Frankfurt a. M. (Ortsverb.) G. Pfeiffer, Vorsitzender, Chaussee. H. A. Steiner, Schriftführer, Dortheimerlandstr. 24.
Gransdorf (Ortsverb.) A. Schmidt, Vorsitzender, Landwehrstr. 17. H. Pusch, Schriftführer, Landwehrstr. 22. A. Delich, Kassierer, Kaufmann 6. C.
Greibitz (Ortsverb.) G. Richter, Vorsitzender, Blöb 91, Hermann, Schriftführer, Weiden 6. D. Jernstedtstr. 8. G. Demeier, Kassierer, Rosenstr.
Griebitz (Ortsverb.) G. Richter, Vorsitzender, Markt 3. R. Groher, Kassierer, Volkswäldchenstr. 5.
Hohenmölsen (Ortsverb.) A. Richter, Vorsitzender, Ditttr. 7.

Anzeigen-Teil.
Zentralarbeitsnachweis.
Außerordentliche Generalversammlung.
Sonntag, den 1. Juni, vorm. 9 Uhr im Verbindungshaus.
Tagesordnung: Die Umgestaltung des Arbeitsnachweises.

Handwerker
altgediente Soldaten des Jahrgangs 96
oder älter
stellt ein
Gehorsam und Treue
Eiserne Eskadron
Garde-Kavallerie-Schützen-Division
Uebliche Bedingungen.
Bei schriftlicher Meldung Militärpapiere einsenden, worauf Fahrtausweis zugesandt wird.
Meldestelle:
Berlin-Charlottenburg
Kurfürstendamm 229.